

Kein „Weiter so“ in der bisherigen Sucht- und Drogenpolitik für junge Menschen und ihre Familien

Nach Auswertung der Wahlprüfsteine zeigt sich dringender Gesprächsbedarf mit den Politiker:innen aller Parteien

Wie werden sich die derzeit im Bundestag vertretenen Parteien nach der Bundestagswahl in der Sucht- und Drogenpolitik positionieren? Was wollen sie ändern - vor allem für junge Menschen und ihre Familien? Die ARWED – Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen e.V. – hat die im Bundestag vertretenen Parteien und ausgewählte Bundestagskandidat:innen in NRW vor der Wahl am 26. September zu drei Wahlprüfsteinen um ihre Positionen gebeten. Denn es besteht erheblicher Handlungsbedarf für die Suchtversorgung Jugendlicher und junger Erwachsener sowie ihrer Familienbetont der Landesverband. Die Erfahrungen aus den Elternkreisen der ARWED zeigen: Ein „Weiter so“ der bisherigen Sucht- und Drogenpolitik sowie der Suchtversorgung verbietet sich. Hilfen sind wenig koordiniert, nicht auf die Zielgruppe spezialisiert, nur rund um die Erkrankten organisiert und Beratung in den Kommunen nicht regelfinanziert. Passende Hilfen für die mitbetroffenen Familie? Fehlanzeige! Das gilt auch für das Thema Prävention, sieht man Deutschland im internationalen Vergleich

CDU, SPD, Grüne und Linke haben zu den Wahlprüfsteinen der ARWED Stellungnahmen abgegeben, Rückmeldungen von FDP und AfD sind bislang ausgeblieben. Die ARWED dankt für die Antworten – und zeigt zugleich Unverständnis für das offensichtliche Desinteresse von FDP und AfD an dem Thema, das nach Zahlen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen immer mehr Familien betrifft. Demnach haben 47 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen schon einmal Drogen konsumiert. Die Fragen für die Wahlprüfsteine sind aus der Agenda der ARWED entstanden sowie aus der Kampagne fragEltern, die der Landesverband anlässlich seines 30-jährigen Bestehens in diesem Jahr ins Leben gerufen hat. Engagierte Eltern sind zwischen Juni und August gemeinsam mit Kooperationspartnern und Fachleuten der Suchthilfe aus Kommunen in 16 Städten in NRW auf die Straße gegangen, haben über die Elternselbsthilfe informiert, Wünsche und Forderungen gesammelt.

Die Wahlprüfsteine:

1. Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Versorgung drogengefährdeter und drogenabhängiger junger Menschen und insbesondere der Doppeldiagnose sichergestellt wird?
2. Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Suchthilfe alle Betroffenen und Beteiligten der jungen Menschen in den Blick nimmt und dieses auch finanziert wird?
3. Was wird Ihre Partei unternehmen, damit wir hinsichtlich des Präventionserfolgs in der Altersgruppe im Ländervergleich im oberen Drittel rangieren, anstatt wie bisher im mittleren bis unseren Drittel?

Aus Sicht der ARWED sind einige der vorliegenden Antworten der Parteien durchaus überzeugend, aber insbesondere beim Thema Prävention – Lernen von anderen Ländern - zum Teil leider völlig

unzureichend. Lediglich die Partei der Linken, so die ARWED, zeigt mit ihren Antworten insgesamt, dass sie die Themen der ARWED zur Unterstützung von Eltern und Familie umfassend sieht und versteht. Weder CDU noch SPD liefern überzeugende Konzepte. CDU und Grüne punkten kaum mit den Antworten aus den Parteizentralen, dafür aber mit teils sehr sachkundigen Ausführungen einzelner Kandidat:innen aus NRW. Insgesamt zeigt sich ein deutliches Gefälle zwischen den Antworten der Parteien und denen der Kandidat:innen. Insbesondere die Erläuterungen von Hubert Hüppe (CDU, Unna), Kathrin Uhlig (Grüne, Bonn) und Michael Weisenstein (Linke, Köln) zeugen von Fachkenntnis und dem Wissen darüber, an welchen Stellen es hakt. Alle Kandidat:innen haben signalisiert, nach der Wahl für Gespräche bereit zu stehen. Ein Angebot, das die ARWED gerne annehmen wird.

Eine ausführliche Beurteilung der Antworten zu den einzelnen Wahlprüfsteinen und die Antworten der Parteien und Kandidat:innen finden Sie unter folgendem Link: <https://arwed-nrw.de/auswertung-wahlpruefsteine-bundestagswahl-2021/>

Wer ist die ARWED?

Die ARWED – Arbeitsgemeinschaft der Rheinisch-Westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen e.V. – ist die Interessenvertretung von Eltern und Angehörigen in Nordrhein-Westfalen, die sich zu diesem Thema in Selbsthilfekreisen zusammengeschlossen haben. Zur ARWED gehören 54 regionale Gruppen. Sie unterstützen Eltern und Angehörige dabei, den Umgang mit den Folgen der Drogenkrankheit erträglicher zu machen. Sie stärken sich im Austausch untereinander und sind Experten in eigener Sache. Sie bringen sich ein in Fachdebatten – und tun dies alles ehrenamtlich und unbezahlt.

1991 setzten sich Mütter und Väter von drogenkranken Kindern in NRW zusammen und bildeten einen Sprecherkreis. Daraus entstand 2001 der Landesverband NRW.

Ihr Kontakt zur ARWED: presse@arwed-nrw.de; Telefon: 0234 29837932